

Rights and Values in Expanding Europe:

A Mutual Enrichment through Different Traditions

Ein Bericht von *Susanne Moser*

Vom 3.- 4. Juni 2006 fand an der Universität Sofia die Konferenz „Rights and Values in Expanding Europe: A Mutual Enrichment through Different Traditions“ statt, an der namhafte WissenschaftlerInnen aus ganz Europa teilnahmen. Das Gemälde des Heiligen Kliment von Ochrid, dem Schutzpatron der Universität Sofia, überstrahlte den Sitzungssaal der Universität Sofia und erinnerte daran, dass im Mittelalter das bulgarische Reich ebenso mächtig wie das Frankenreich gewesen war und wesentlich zur Christianisierung Europas beigetragen hatte. Vielleicht ist es daher auch nicht verwunderlich, dass gerade von den bulgarischen Teilnehmern in der Diskussion die meisten Hoffnungen an die Europäische Mitgliedschaft gestellt wurden, handelt es sich doch um so etwas wie eine Rückkehr nach Europa. Bei anderen Teilnehmern war allerdings die Stimmung, was die Integration Europas, über eine reine Wirtschaftsgemeinschaft hinaus, betrifft, alles andere als optimistisch. In einem stimmten die meisten ReferentInnen jedoch überein: Die europäische Integration war bisher hauptsächlich über sozial entkoppelte Institutionen, wie die europäische Kommission, den europäischen Gerichtshof, den Ministerrat usw. verlaufen, mit dem Ziel die ökonomische Entwicklung voranzutreiben und einen größtmöglichen ökonomischen Wohlstand herbeizuführen. Dabei bildete das Recht die Grundlage für die Integration Europas. Alle Fragen, die sich um Werte drehten, wie soziale Gerechtigkeit, Fragen der politischen Partizipation usw. wurden anfänglich ausgeklammert.

Maurizio Bach, von der Universität Passau, hob in seinem Vortrag „The Enlargement Crisis of The European Union. From Political Integration to Social Desintegration“ hervor, dass die europäische Integration bisher gut funktioniert habe, weil genug finanzielle Mittel da waren, um Länder wie Portugal, Spanien und Griechenland über Ausgleichszahlungen wirtschaftlich zu unterstützen. Allerdings habe sich eine immer größere Kluft zwischen der europäischen Bevölkerung und ihren Institutionen aufgetan. Erschwert sei alles nun durch die Osterweiterung, die ein soziales und wirtschaftliches Gefälle zwischen den Mitgliedsstaaten mit sich bringe, wobei die notwendigen Ausgleichszahlungen die Möglichkeiten der Europäischen Union bei weitem übersteigen. In den Beitrittsländern seien ethnische und nationalistische Muster der Identifikation noch stark am Werk, was zusammen mit der Verschiebung der Außengrenzen der EU und der nunmehr massiven sozialen Ungleichheit innerhalb der EU einen Sprengstoff ergebe, für dessen Entschärfung die EU sich etwas Neues werde einfallen lassen müssen.

Auch Mario Losano von der Universität Ost Piedmont hob in seinem Vortrag „Ethics and Business in an Imperfectly United Europe“ die Schwierigkeiten hervor, in welche die Europäische Union aufgrund der Erweiterung geraten sei. Waren es ursprünglich 6 Staaten, dann 13, später 15, so sind es nunmehr 25 und bald 27 Mitgliedsländer, die untereinander aufgrund von rechtlichen Verträgen verbunden sind. Dabei ergeben sich nicht nur Schwierigkeiten bei der Harmonisierung der Rechte, ein weit größeres Problem stelle die Tatsache dar, dass auch die verschiedenen ethischen Prinzipien in rechtliche Normen umgesetzt werden müssen. Für Losano ist die Harmonisierung ethischer Prinzipien oder Werte nur dann möglich, wenn diese ähnlich sind bzw. sich nicht widersprechen. So sieht er eine Islamische Ethik als nicht in allem mit einer Christlichen Ethik kompatibel. Besonders schwierig werde es jedoch dann, wenn es darum gehe die ethischen Prinzipien hinsichtlich der sozialen Wohlfahrt zu bestimmen. Welche Maßnahmen können und müssen ergriffen werden, um einen Mindeststandard für alle zu garantieren? Während die Neoliberalen Ungleichheit als ein natürliches Produkt des Marktgeschehens ansehen unter dem Motto: „die Natur bevorzugt diejenigen, die fit sind zum Überleben“, gehen die Kommunitaristen davon aus, dass es zwar immer Ungleichheit geben wird, dass diese aber korrigiert werden müsse, und zwar dort, wo Menschen unter unmenschlichen Bedingungen leben.

In ihrem Beitrag „The Importance of Values for the Social and Political Integration within Europe“ betonte Susanne Moser von der Universität Wien die Wichtigkeit einer nicht nur politischen, sondern auch sozialen Integration Europas. Die europäische Bevölkerung frage sich in zunehmendem Maße, ob die EU ihren Wertvorstellungen entspreche. Werte haben im Gegensatz zu Normen etwas, das uns motiviert und anzieht, sie haben eine Bindungsqualität und sagen etwas darüber aus, wie wir zusammenleben sollen, woran wir uns orientieren können, mit einem Wort, sie regeln das Zusammenleben der Menschen auf der emotionalen Ebene. Sie bestimmen die Identität eines Menschen und regeln sein Selbstverständnis. Genau dies, so Moser, scheine aber auch der Grund zu sein, warum viele vor einer Wertediskussion Angst hätten. So verlaufe auch für Jürgen Habermas der beste Weg zur Integration Europas über das Recht. Er warne davor Werte und Interessen zu vermischen. Über Interessen könne man verhandeln und Kompromisse schließen. Werte, seien hingegen konstitutiv für die Identität und das Selbstverständnis der Menschen und daher nicht verhandelbar. Man könne sie nur über lange Diskurse ändern nicht über Kompromisse in Verhandlungen.

Was sind nun aber Werte. Worin besteht der Unterschied zwischen Werten und Normen? Worum muss Europa entweder eine Rechtsgemeinschaft oder eine Wertegemeinschaft sein, warum nicht beides? Und vor allem worin bestehen die eigentlichen europäischen Werte?

In Ihrem Vortrag "The European Values – A Kind of "Terror" Or A Chance for Union?" unternahm Yvanka B. Raynova eine Analyse der aktuellen Kontroverse, ob Europa eine Wertegemeinschaft oder eine Rechtsordnung sein solle. Sie unterstrich, dass es inkorrekt sei, zu behaupten, dass Werte immer

nur zu Konflikte führen würden, wie dies Krzysztof Michalski behauptete, oder, dass sie immer nur das Bindeglied zwischen Bürgern und Gruppen bildeten bzw. identitätsstiftend seien, wie dies Jan Peter Balkenende annehme. Es sollte vielmehr geklärt werden, unter welchen Bedingungen es zu Wertekollisionen komme und unter welchen Werte als vermittelnde Brücke zwischen Bürgern, Gruppen und Nationen funktionieren könnten. Raynova zeigte weiters, dass Wertegemeinschaften und Rechtsordnungen sich nicht unbedingt wechselseitig ausschließen müssen und deswegen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Vielmehr sollten ihre komplexen Interdependenzen aufgezeigt werden. Nachdem sie die Paradoxe des gegenwärtigen Diskurses über die Rolle der sogenannten "europäischen Werte" aufgezeigt hatte, führte Raynova zum Abschluss die Bedingungen an, unter welchen diese Probleme überwunden werden könnten.

Plamen Makariev von der Universität Sofia ging in seinem Vortrag „Recognition as a Moral Value“ auf die Frage ein, wie weit wir dazu verpflichtet sind, die Werte anderer Kulturen anzuerkennen. Es bedürfe nämlich einer interkulturellen Kompetenz, um feststellen zu können, ob es sich bei den jeweiligen Ansprüchen um gerechtfertigte oder ungerechtfertigte handle. Worin besteht das Minimum an Gemeinsamkeiten, um noch in einem Gemeinwesen miteinander leben zu können und inwieweit müssen kulturelle Verschiedenheit anerkannt werden?

Dass es gar nicht so leicht die Frage nach einer europäischen Identität zu beantworten, zeigt der Beitrag von Nikolai Gochev von der Universität Sofia, „The European Constitution and the Greek political Thought“. Um eine europäische Identität herzustellen und gemeinsame Werte zu schaffen, sei es hilfreich auf eine gemeinsame Tradition zu rekurrieren: auf das antike Griechenland. Aber in welcher Hinsicht bestehe eine Verbindung zwischen der heutigen europäischen Union und dem antiken Griechenland? Dass diese Verbindung bewusst hergestellt werden soll, zeige die Präambel der neuen europäischen Verfassung, die mit einem Satz von Thukidides eingeleitet werde: „Unsere Verfassung wird Demokratie genannt, weil die Macht nicht in den Händen einer Minorität liegt, sondern bei dem ganzen Volk.“ Europa greife notwendigerweise auf das antike Griechenland zurückgreifen, weil es sich wie dieses als nicht-imperial (im Gegensatz zu Rom), als nicht-asiatisch im Sinne einer territorialen Abgrenzung nach Asien, als säkular im Sinne einer Begrenzung des religiösen Einflusses und wie Plato als nicht-atlantisch im Sinne einer territorialen Begrenzung nach Westen hin, verstehe.

Alles in allem zeigte die ganze Diskussion, dass noch sehr viel begriffliche Arbeit zu leisten ist, um die Zusammenhänge von Werten, Normen und Identität besser in den Blick zu bekommen. Es wurde klar, dass allein über rechtliche und wirtschaftliche Maßnahmen die Integration Europas – und damit die nachhaltige Sicherung der Zukunft Europas – nicht bewerkstelligt werden kann.